



FDP | 11.10.2014 - 11:45

LINDNER-Interview: Wohlstand muss erwirtschaftet werden, bevor er verteilt werden kann

Berlin. Der FDP-Bundesvorsitzende CHRISTIAN LINDNER gab dem „Münchner Merkur“ (Samstag-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte ALEXANDER WEBER:

Frage: Laut der jüngsten Deutschland-Trend-Umfrage steht die AfD bei neun Prozent, die FDP bei zwei. Was macht Herr Lucke besser als Sie, Herr Lindner?

LINDNER: Herr Lucke bedient Stimmungen. Mir geht es um liberale Grundüberzeugungen. Ich will, dass Deutschland ein weltoffenes und tolerantes Land bleibt, das eine starke wirtschaftliche Basis hat. Es besorgt mich, dass uns eine vereinigte Sozialdemokratie von Union und SPD regiert. Die haben vergessen, dass Wohlstand erwirtschaftet werden muss, bevor er verteilt werden kann. Linke und AfD bedienen dagegen ein Klima von Protest, Ressentiment und Angst. Die bürgerliche Mitte ist frei für uns.

Frage: Die Menschen scheinen die FDP aber nicht zu vermissen. Warum nicht?

LINDNER: Die FDP hat als Regierungspartei Fehler gemacht. Dafür hat die FDP den Preis einer wirksamen Politik ausbezahlt, aber die Energiepreise zu hoch zu lassen. Das hat sich schon zu unserer Regierungszeit kritisiert.

Frage: Das war doch nicht Ihr einziger Fehler?

LINDNER: Manche sagen, die FDP hätte die fehlenden Stimmen für den Bundestag erhalten, wenn die Partei vorhin ganz klar seine eigene Haltung, dass wir uns gegen die Sparmaßnahmen in Europa entschieden haben.

Frage: Sie bedauern also nicht, den Euro-Rettungsschirm-Kritiker Frank Schäffler nicht besser eingebunden zu haben?

LINDNER: Es ist ein Gebunden, weil die FDP die politische Heimat für alle Fraktionen des Liberalismus ist. Europa zu verteidigen, ist aber zugleich eine Lehre aus der Geschichte und Vorsorge für Zukunft.

Frage: Auch wegen der Krisen rund um Europa?

LINDNER: Die neuen Spannungen mit Russland und die Krisen in der Arabischen Welt zeigen doch, wie wichtig es ist, dass wir Partnerschaften mit den richtigen Partnern gegen Europa und gegen die transatlantische Partnerschaft sein kann.

Frage: Viele Bürger haben allerdings Angst vor einer Aushöhlung von nationalen Souveränitätsrechten durch das Freihandelsabkommen TTIP...

LINDNER: Wir haben bereits seit vielen Jahren solche Abkommen. In Wahrheit geht es doch um etwas ganz anderes: um anti-amerikanische Ressentiments.

Frage: Mögen Sie Chlorhühnchen?

LINDNER: Das Chlorhühnchen ist doch längst das Symbol der Angstmacher. Es wird ausgerechnet, wer den Brückenschlag über den Atlantik nicht setzen darf, sondern stattdessen auf unsere Kosten. Es wird dann der autoritäre chinesische Staatskapitalismus sein, der die Regeln im Welthandel bestimmt.

Frage: Am 15. Februar findet in Hamburg die Bürgerschaftswahl statt. Dort hat sich gerade eine Gruppe Liberaler von der FDP getrennt. Wie schätzen Sie diese Gruppierung ein?

LINDNER: Ich sehe keinen Bedarf nach einer weiteren sozialdemokratischen Partei links der Mitte.

Frage: Die Prognosen für die Wahlen 2015 in Hamburg und Bremen sind für Sie alles andere als rosig. Glauben Sie, dass Ihre Partei die Trendumkehr schafft?

LINDNER: Glauben ist etwas für Kirchmänner, aber keine Prozentung eine Wahlungewinner. Für die FDP gerade unter neuem Etikett: Die alten Köpfe der Schill-Partei sind jetzt das Gesicht der AfD.

Frage: Halten Sie ein Bündnis der AfD mit der Union für denkbar?

LINDNER: Nein, die CDU würde ihre Identität verlieren. Die Partei Konrad Adenauers und Helmut Kohls würde ihre klare proeuropäische und transatlantische Orientierung aufgeben.

Frage: Man hat den Eindruck, dass Sie ziemlich allein an der Parteispitze rackern. Fühlen Sie sich einsam?

LINDNER: Wir sind eine Partei mit 56.000 Mitgliedern, die sich wieder als Mannschaft gefunden hat. Ich habe eine Sekretärin in Bayern, aber ganz in München. Dann ein Büro in der CDU, aber das ist eine One-Man-Show.

Frage: Stimmt. Noch länger als bei der FDP, was es in die Schwarz-Grünen geschafft. Ihr Parteifreund Ex-Zern. Ist das eine angemessene Karenzzeit?

LINDNER: Ja, Daniel Bahn ist ein anerkannter Gesundheitsökonom und studierter Gesundheitsökonom. Krankenkassen sind wichtig. Daran geht es ja. Die Gesundheit ist gegen die private Krankenkassenversicherung zu schützen. Dabei ist das eine wichtige Säule, die dem gesamten Gesundheitswesen Stabilität sichert.

Frage: Die Bundesregierung bietet der Opposition genügend offene Flanken. Warum attackieren Sie nicht erfolgreicher? Etwa beim Beispiel Bundeswehr?

LINDNER: Es sind 90 Jahre lang hat zu Beginn der Amtszeit die Prioritäten falsch gesetzt, das heißt es wurde immer noch die alte Bundeswehr. Die alte Bundeswehr hat die Qualitätsgrenzen nicht ausgereicht auf moderne Ausrüstung, wenn sie für ihr Land ihr Leben einsetzen.

Frage: Auch die Energiewende kommt nicht voran. Bayerns Ministerpräsident stellt jetzt die geplanten Stromtrassen infrage.

LINDNER: Die Energiewende ist total verkorkst. Wir müssen das System der dauerhaften Subventionierung einzelner Energieträger aufheben und das EEG abschaffen.

Frage: Aber das hätte FDP-Wirtschaftsminister Rösler doch tun können...

LINDNER: Ja, zustimmt. Der damalige bayerische Wirtschaftsminister Zeitlhofer hat auch das dafür gesagt. Die Energiepolitik ist ein Problem für Bayern, aber auch für den deutschen Kontext, und man muss die Planung noch einmal angepasst werden müssen.

Frage: Reicht dezentrale Energieerzeugung aus für ein großes Industrieland?

LINDNER: Nein, wir werden weiterhin in hinreichend großem Maße für die Grundlast auch konventionelle Energieträger wie Gas oder Kohle nutzen müssen.

Quelle-URL: <https://www.liberales.de/content/lindner-interview-wohlstand-muss-erwirtschaftet-werden-bevor-er-verteilt-werden-kann>